

LEITARTIKEL

Ekkehard Nüssl

Lebenslanges Lernen – Großes Konzept, kleine Schritte

Lebenslanges Lernen ist seit einigen Jahren in aller Munde, vor allem in dem der Bildungs-, aber auch anderer Politiker¹. Das ehrgeizige Lissabon-Ziel, aus Europa bis 2010 einen „global player“ mit der entwickeltsten Wissensgesellschaft der Welt zu machen, setzt in der Tat energischste Anstrengungen im Bildungswesen voraus. Eine Gesellschaft wie die der Europäischen Union, die sich seit fast zwanzig Jahren in einem fortschreitenden Alterungsprozess befindet, kann nur dann auf dem höchsten Wissensstand bleiben und dabei gar andere Gesellschaften überflügeln, wenn die Menschen in jedem Alter lernen – sich fortbilden, anpassen, innovativ und kreativ Dinge weiterentwickeln. Dazu müssen sie selbst die Möglichkeiten erhalten und unterstützt werden, das Bildungssystem muss sich auf diese Anforderungen hin verändern. Anspruchsvolle Dokumente propagieren daher in den vergangenen Jahren immer wieder die Notwendigkeit, alles Erdenkliche zu tun, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen oder zu verbessern: auf europäischer Ebene etwa das „Memorandum zum Lebenslangen Lernen“ von 2000 oder der „Aktionsplan Lebenslanges Lernen“ von 2003, auf bundesdeutscher Ebene die Empfehlungen des Forums Bildung zum Thema „Lernen – ein Leben lang“ von 2002² oder das Papier der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zur „Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland“ aus dem Jahre 2004³. Wo jedoch liegen die Akzente, wie werden sie umgesetzt?

1 Das Konzept des „Lebenslangen Lernens“

Die Idee des „Lebenslangen Lernens“ ist nicht neu, genau genommen entspricht sie der Realität, seit es Menschen gibt: Von Beginn an lernte der Mensch, eine sich verändernde Umwelt wahrzunehmen und sich in ihr zu behaupten. Gewiss mögen früher die Veränderungsprozesse aus heutiger Sicht höchst langsam vonstatten gegangen sein, lange Zeit das in der Jugend Erlernete für das gesamte Leben (das zudem viel kürzer als heute war) als Grundlage ausgereicht haben. Es gab von daher keinen Grund, zu thematisieren, dass Menschen ihr Leben lang lernen.

Dieser ergab sich erst in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die Geschwindigkeit von Wissensproduktion, technologischem Fortschritt und Produktentwicklung zunahm, auf neu zu erobernden Märkten neuer Wettbewerb entstand und die „Bildungsreserven“ der Bevölkerung auszuschöpfen waren, um dem zunehmenden ökonomischen Druck standzuhalten. Die damals entwickelten Konzepte der „lifelong education“ und der „education permanente“ unterschieden sich zwar in Ansatz und Reichweite, hatten aber, aus heutiger Sicht, eine wichtige Gemeinsamkeit: Der Adressat der bildungspolitischen Forderungen war das Bil-

¹ Nüssl, E., „Kompendium“ mit Botschaften an alle, in: DIE-Zeitschrift, Supplement zu II/2004.

² Forum Bildung (Hrsg.), Lernen – ein Leben lang. Vorläufige Empfehlungen und Expertenbericht, Bonn 2001.

³ BLK (Hrsg.), Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004 (Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung Heft 115).

dungssystem, das für alle Lebensphasen ausreichende Angebote bereit zu stellen hatte. Ein systemischer Ansatz, der von der Erziehung, den Bildungsanbietern her kommt, nicht jedoch von den Lernenden. Vielleicht war dies der Grund, dass es in den achtziger Jahren ruhig wurde um die curricularen Konzepte der lebenslangen Erziehung: Das Bildungswesen hat seine immanenten Barrieren, das übergreifende Konzept trug sein Scheitern in sich.

Die Wiedergeburt des „Lebenslangen“ im Bildungswesen erfolgte 1995; die Plattform dafür war die Europäische Union, seit den Maastrichter Verträgen einige Jahre zuvor ein Staatenbund, der sich auch Bildungspolitik auf die gemeinsame Fahne geschrieben hat. Die Wiedergeburt erfolgte jedoch nicht als Konzept der lebenslangen Erziehung, sondern als Konzept des Lebenslangen Lernens – entsprechend wurde auch das Jahr 1996 zum europäischen Jahr des „Lebenslangen Lernens“ ausgerufen. Was waren die Gründe dafür, dass der Blick weg vom Bildungssystem auf die Lernenden selbst ging?

Mehrere Faktoren sind zu beobachten, die mit größerer oder geringerer Wirksamkeit diesen Wechsel erzeugten. Zum ersten war es der demographische Wandel, der nahe legte, dass es weniger Aufgabe des Bildungssystems ist, für alle Altersphasen Angebote bereit zu stellen, sondern Aufgabe der Menschen, in allen Lebensphasen zu lernen. Zum zweiten war dies die Erkenntnis, dass das, was gelernt wird, nur bedingt mit dem übereinstimmt, was gelehrt wird – Einsichten des Konstruktivismus hielten Einzug in die Bildungspolitik. Zum dritten ließ sich leicht feststellen, dass all das, was gelernt werden musste, und in der Geschwindigkeit, in der dies zu erfolgen hatte, nicht nur in organisierten Bildungsprozessen ablaufen kann; der Blick richtete sich zunehmend auf das Lernen der Menschen auch außerhalb organisierter Bildungsprozesse, und dies wurde unterfüttert durch die „neuen“ Medien. Und viertens harmonierte dies mit der wachsenden Einsicht, dass die lebenslangen Lernprozesse der Menschen in dem Ausmaß, in dem sie gefordert waren und auch in der Realität zunahmen, von staatlicher Seite nicht zu finanzieren waren: Lebenslanges Lernen, dies war Teil des Paradigmenwechsels von der Erziehung zum Lernen, bedeutete und bedeutet auch lebenslange Finanzierung, zumindest Selbstbeteiligung an Bildungsprozessen.

Wie aber lässt sich eine Bevölkerung dazu motivieren, nicht nur unentwegt mehr, sondern auch mit immer höherer Eigenbeteiligung und materiellen Belastungen zu lernen? Die bildungspolitische Diskussion auf europäischer und auch auf nationaler Ebene verfolgte konsequenterweise diesen Strang: Motivation zum Lebenslangen Lernen (Lernfeste, Preise, Werbung, Marketing), Unterstützung Lebenslangen Lernens (Information, Beratung, Finanzierung), Effektivität und Effizienz Lebenslangen Lernens (Qualität, Kooperation, Evaluation) sowie der Wettbewerb: Vergleich von Leistungszahlen und Ergebnissen.

2 Nationale Konzepte

In nahezu allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft wird seit Jahren das gemeinsame Ziel, ein Europa des Wissens und der globalen Wettbewerbsfähigkeit bis 2010 zu schaffen, durch Konzeptionen, Beratungen (in vielfältigen Gremien) und teilweise auch Maßnahmen angegangen⁴. Das europäische „Memorandum zum Lebenslangen Lernen“ hatte eine breite Diskussion angestoßen, die – unabhängig vom letztlich erzielten Text – in den europäischen Mitgliedsstaaten fortwirkte. Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland, die zeitgleich mit dem Memorandum ein „Forum Bildung“ eingerichtet hatte, das sich mit der Situation und Reformbedürftigkeit des deutschen Bildungswesens beschäftigte.

⁴ Vgl. hierzu den Beitrag von *Füssel*, in diesem Heft, S. 186

Das Forum Bildung wurde 1999 eingesetzt und arbeitete gut zwei Jahre, „um Qualität und Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungssystems sicher zu stellen“. Im Forum Bildung arbeiteten Bildungs- und Wissenschaftsressorts des Bundes und der Länder zusammen mit den Sozialpartnern, Wissenschaftlern, Vertretern der Kirchen, Auszubildenden und Studierenden an fünf Themen, „die Bund und Länder gemeinsam berühren“:

- Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen,
- Förderung von Chancengleichheit,
- Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb,
- Lernen, ein Leben lang sowie
- neue Lern- und Lehrkultur⁵.

Das „Forum Bildung“ knüpfte bewusst an den Deutschen Bildungsrat der späten sechziger Jahre an, was die Breite der Themen betrifft. In der Zusammensetzung jedoch unterschied sich das Forum Bildung vom Deutschen Bildungsrat: Neben Expertinnen und Experten des Bildungswesens waren gesellschaftliche Interessengruppen repräsentiert und, vor allem, die einschlägig arbeitenden staatlichen Instanzen. Das Gremium war daher repräsentativer, aber auch – könnte man meinen – verbindlicher durch die Beteiligung des Staates.

Im Ergebnis produzierte das Forum Bildung zehn Bücher, „Materialien“ genannt, die um die fünf Themenschwerpunkte kreisen. Für das Lebenslange Lernen sind die Bänder 9 („Lernen – ein Leben lang“)⁶ und 10 („Neue Lern- und Lehrkultur“)⁷ von besonderem Interesse.

Die Ergebnisse des Forum Bildung sind „Empfehlungen“, die sich auf beigefügte Expertenberichte beziehen und teilweise auf ihnen basieren. Die Empfehlungen werden kurz begründet, in Bezug auf Handlungsfelder, konkretisiert und an diejenigen Akteure adressiert, die entsprechende Initiativen ergreifen sollen. Solche Akteure sind vor allem Bund und Länder, aber auch jeweils Einrichtungen der Bildung, Wissenschaft, Europäische Union, Sozialpartner, Betriebe und andere mehr.

Ein übergreifendes Konzept des Bildungsbereichs, wie dies dreißig Jahre zuvor der Deutsche Bildungsrat vorgelegt hatte, ist nicht das Ergebnis der Beratungen des Forum Bildung. Dies war aber auch nicht sein Ziel; beabsichtigt war, Empfehlungen zu Zielen, Inhalten und Methoden der Bildung zu geben und eine breite öffentliche Debatte über Bildung anzuregen.

Wenige Monate nach dem Abschluss der Arbeiten des Forum Bildung beschloss die Bund-Länder-Kommission für Forschungsförderung und Bildungsplanung (BLK), ein Strategiepapier zum Lebenslangen Lernen zu erarbeiten: „Dabei sollten die Veränderungen aufgezeigt werden, die in den einzelnen Bildungsbereichen (Schule, berufliche Bildung, Hochschule, Weiterbildung) notwendig sind, um Lebenslanges Lernen zu einer Selbstverständlichkeit in jeder Bildungsbiographie werden zu lassen. Wichtig war dabei der Kommission die verstärkte Nutzung und Anerkennung informellen und nicht formalen Lernens sowie die Einbeziehung der Ergebnisse der Expertenkommission zur Finanzierung Lebenslangen Lernens“, die zu dieser Zeit ar-

⁵ Die Zitate entstammen der Selbstdarstellung des „Forum Bildung“, die jedem der veröffentlichten „Materialien“ beigefügt ist – etwa *Forum Bildung* (Hrsg.), *Lernen – ein Leben lang*, Bonn 2001, S. 222.

⁶ S. Anm. 2.

⁷ *Forum Bildung* (Hrsg.), *Neue Lern- und Lehrkultur – Vorläufige Empfehlungen und Expertenbericht*, Bonn 2001.

beitete und ihren Bericht im Sommer 2004, etwa gleichzeitig mit dem Strategiepapier der BLK vorlegte. Die Arbeitsgruppe der BLK, im September 2002 eingesetzt, hat Expertinnen und Experten angehört, Literatur ausgewertet und eine Umfrage bei den Ländern und den verschiedenen Bundesressorts zum Lebenslangen Lernen durchgeführt. Das schließlich vorgelegte Strategiepapier⁸ enthält Leitlinien für Lebenslanges Lernen, Aspekte zum Lernen in Lebensphasen und Entwicklungsschwerpunkte. Im Selbstverständnis geht das Papier davon aus, realistische und auf Nachhaltigkeit gerichtete Perspektiven zu formulieren und sich damit von Utopien zu unterscheiden: „Mit der vorliegenden Strategie ist erstmalig für die Bundesrepublik Deutschland ein strukturierter Rahmen Lebenslangen Lernens abgesteckt worden. Es ist Aufgabe aller Zuständigen in den Ländern und im Bund sowie in den Kommunen und den Bildungseinrichtungen, aber auch jedes einzelnen, diesen Rahmen auszufüllen“ (S. 31).

Auch das Strategiepapier der BLK ist kein übergreifendes Konzept des Lebenslangen Lernens; dies wird auch ausdrücklich betont: „Auf der Grundlage der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen ist eine Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland nicht im Sinne einer ‚nationalen kohärenten Strategie‘ darstellbar, wohl aber als gemeinsam vereinbarte Strategie für Lebenslanges Lernen, die Aspekte und Zusammenhänge aufzeigt, bei denen unbeschadet der jeweiligen Zuständigkeiten weitgehend Konsens innerhalb der Länder und zwischen Bund und Ländern besteht“ (S. 5). Damit wird deutlich abgerückt von der Position, welche die BLK (damals erst einige Jahre existent) 1993 in ihrem „Bildungsgesamtplan“ vertreten hatte.

3 Inhaltliche Akzente

Bei zwei zeitlich so nah aufeinander folgenden Stellungnahmen zum Lebenslangen Lernen, bei der zudem – was die Staatsseite angeht – mit den Bildungsressorts von Bund und Ländern identische Akteure tätig waren, sollte man annehmen, dass das zweite auf das erste Bezug nimmt und günstigenfalls auch darauf aufbaut. Dies ist jedoch nicht der Fall: Vom Strategiepapier der BLK des Jahres 2004 sind explizit keine und implizit nur wenige Linien auf die Empfehlungen des Forum Bildung aus dem Jahre 2002 zu verfolgen.

Das Forum Bildung hatte sich auf die Voraussetzungen Lebenslangen Lernens bezogen (Motivation, Lernkompetenz und Lernorganisationskompetenz), allgemeine Aussagen zu finanziellen und zeitlichen Ressourcen für Lebenslanges Lernen gemacht und sowohl in Richtung Struktur des Bildungswesens (Modularisierung, Zertifizierung, Neue Medien) als auch in Richtung Qualität (Professionalisierung, Zugänge, Qualitätsmanagement) und Organisation (Netzwerke, Rolle von Hochschulen) geäußert.

Die BLK demgegenüber definiert als Entwicklungsschwerpunkt ihrer Strategie personenbezogene Aspekte (Einbezug informellen Lernens, Selbststeuerung, Kompetenzentwicklung), die Struktur des Bildungswesens (Modularisierung), Fragen der Organisationen (Vernetzung, Lernberatung sowie systemische Aspekte und: Neue Lernkultur, Popularisierung des Lernens und chancengerechten Zugang). Diese Entwicklungsschwerpunkte arbeitet das Strategiepapier der BLK an den Lebensaltersgruppen der Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Erwachsenen und Älteren durch, denn: „Die Definition Lebenslangen Lernens legt es nahe, eine Strategie an der Biographie des Menschen zu orientieren“ (S. 13).

⁸ S. Anm. 3.

Insofern geht das Papier der BLK konsequent weiter als die Empfehlungen des „Forum Bildung“ unter dem Stichwort „Lernen – ein Leben lang“: Beim Forum Bildung ist Lebenslanges Lernen noch zu einem großen Teil mit „Weiterbildung“ verknüpft, erfasst die in dem BLK-Papier definierten Lebensaltergruppen Kinder, Jugendliche und Ältere kaum. Andererseits hält sich das BLK-Papier in Bezug auf Finanzierung, Professionalisierung und materielle Unterfütterung gegenüber den Empfehlungen des Forum Bildung deutlich zurück⁹.

Beispielhaft lässt sich dies am gemeinsamen Thema der „Modularisierung“ verdeutlichen. In dem Empfehlungen des „Forum Bildung“ werden bundesweite Regelungen von Modulen der beruflichen Weiterbildung und die Einführung von Modulprüfungen angemahnt, begleitet von individueller Qualifizierungsberatung auf der Grundlage der Feststellung von vorhandenen Kenntnissen und Kompetenzen sowie einer Lernberatung zur Begleitung und Unterstützung des Lernprozesses (S. 17). Im Strategiepapier der BLK wird Modularisierung zwar in allen fünf Lebensphasen thematisiert, jedoch nur für die Phase der Erwachsenen konkretisiert; bei jungen Erwachsenen und Älteren finden sich nur allgemeine Aussagen zum Nutzen von Modulen, während sie für Kinder und Jugendliche „dem System der aufeinander bezogenen bzw. aufeinander aufbauenden Schularten und Abschlüsse im Prinzip bereits immanent“ seien (S. 22). Der selbst formulierte Anspruch eines Lebensphasen begleitenden modularen Aufbaus wird damit nicht eingelöst.

Zentrale Empfehlungen des Forum Bildung richteten sich auch auf Aspekte, die mit Modulen zu tun haben, so etwa eine Zertifizierung insbesondere auch informell erworbener und überfachlicher Kompetenzen und eine entsprechende Qualifizierung von Prüferinnen und Prüfern; oder, unter dem Stichwort „Neue Medien“, die Weiterentwicklung von Lernsoftware unter inhaltlichen und methodisch-didaktischen Gesichtspunkten; oder, unter dem Stichwort „Professionalisierung“, zur Erweiterung der Beratungs- und Lehrkompetenz. Diese Empfehlungen finden sich im Strategiepapier der BLK ebenso wenig wieder wie weiter gehende Empfehlungen zur Finanzierung.

In Bezug auf die Vernetzung der Organisationen, neben der Modularisierung der zweite gemeinsam herausgehobene Bereich des Lebenslangen Lernens, ist das Strategiepapier der BLK wesentlich präziser. Im Forum Bildung richtete sich die Empfehlung im wesentlichen an regionale Vernetzungen ohne weitere Konkretion, während im Strategiepapier der BLK die Vernetzung sowohl für den Elementar- und Primarbereich als auch für die Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen definiert wird. In beiden Fällen wird die Vernetzung nicht nur innerhalb des Bildungsbereichs, sondern auch zwischen Bildungs- und anderen gesellschaftlichen Bereichen (wie Betrieb und Elternhaus) postuliert. Allerdings geht der Impetus nicht über die Vorstellung einer Kooperation hinaus; Folgen einer konsequenten Modularisierung als Verzahnung von institutionellen Bereichen werden so nicht thematisiert. Die institutionellen Strukturen bleiben mehr oder weniger unangetastet.

4 Perspektiven

Lebenslanges Lernen ist, wie eingangs formuliert, ein Topos der Zukunft unserer Gesellschaft, der in aller Munde ist. Politisch am unstrittigsten ist er, solange er sich als Forderung an die

⁹ Vgl. zur Finanzierung nun den Bericht der Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“, Finanzierung Lebenslangen Lernens – der Weg in die Zukunft, Schlussbericht, Band 6, Bielefeld 2004; dazu *Krug*, in diesem Heft, S. 236.

Menschen und ihre Aktivitäten richtet. Strittiger wird der Topos dann, wenn es um die Konsequenzen geht, die bildungs- und gesellschaftspolitisch zu ziehen sind.

Schon die rasche Aufeinanderfolge zweier von Bund und Ländern initiiertter Papiere zum Lebenslangen Lernen zeigt den offenkundigen Diskussionsbedarf in Hinblick auf die Richtung, in die Lebenslanges Lernen umgesetzt werden soll. Die Tatsache, dass das zweite Papier nur implizit (es sei selbst „nicht utopisch“) Bezug auf das erste nimmt, macht dabei deutlich, dass der Einigungsbedarf über die künftige Richtung groß ist.

Die Umsetzung von Konsequenzen des Konzepts des „Lebenslanges Lernens“ scheint – zumindest in der Bundesrepublik Deutschland – mehrere schwierige Hürden überwinden zu müssen:

Zunächst ist dies das Verständnis Lebenslanges Lernens; hier schwanken die Vorstellungen zwischen einer „weiten“ Definition des Lernens von der Wiege bis zu Bahre hin zu einer „engen“ Definition des Lernens im Erwachsenenalter, also nach wie vor nach Abschluss einer ersten Ausbildungsphase. Erst allmählich beginnt sich die weitere Definition – auch in ihren Konsequenzen – im bildungspolitischen Denken durchzusetzen.

Zum zweiten leidet die Diskussion vielfach darunter, dass der vertikale Aufbau des Bildungsbereichs institutionell verfestigt („versäult“) ist, eine Bewegung hin auf eine neue Struktur entlang der Lebens- und Lernphasen der Menschen durch Interessen der Bestandserhaltung überlagert ist.

Zum dritten bestehen Probleme in der Zuständigkeit für eine Neuordnung des Bildungssystems analog eines Konzepts „Lebenslanges Lernen“, Kompetenzprobleme nicht nur zwischen Bund und Ländern, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Ressorts auf Bundes- und Länderebene.

Zum vierten bestehen zu wenig Erfahrungen, Kenntnisse und Forschungsergebnisse zu der Frage, in welcher Weise vorgehaltene Angebote standardisiert werden können, wenn sie andererseits einfügbar in individuelle Lernwege sein müssen.

Zum fünften ist offensichtlich, dass die Konzepte zum Lebenslangen Lernen noch nicht zu Ende gedacht – und vielleicht auch gar nicht zu Ende denkbar sind. Das Lernen der Menschen findet nur dann eine steuerbare gesellschaftliche Wirkung („wettbewerbsfähigste Region der Welt“), wenn es auch eine systemische Rahmung hat – eben doch so etwas wie das abgemeldete Konzept der „lebenslangen Erziehung“?

Den bildungspolitischen Diskussionen ist das Ringen um einen gangbaren Weg hin zum Lebenslangen Lernen anzumerken. Es liegt offenbar nicht am fehlenden guten Willen, dass bislang – abgesehen von einigen Modellen, Programmen und Projekten – noch wenig Bewegung in die Umformung des Bildungssystems gekommen ist. Auch das „Verschweigen“ der Ergebnisse der Sachverständigenkommission „Finanzierung des Lebenslanges Lernens“ durch staatliche Stellen¹⁰ deutet nicht auf energische Schritte für die verbleibenden fünf Jahre bis zum Lissabon-Ziel 2010 hin.

Andererseits: Das Ziel ist hoch gesteckt, das Konzept des Lebenslanges Lernens umfassend, und das Bildungssystem, das darauf neu ausgerichtet werden müsste, entstand auch nicht nur in den Jahren.

Verf.: Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Nuissl von Rein, Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn

¹⁰ Erst neun Monate nach Erhalt äußerte sich das Bundesbildungsministerium dazu mit dem Hinweis, es müsse die ausgesprochenen Empfehlungen „prüfen“ – ohne Angabe von Verfahren und Fristen.